

**(13) Ausschuss für Gesundheit
und Soziale Sicherung
Ausschussdrucksache
0142
vom 02.05.03

15. Wahlperiode**



Deutsche
Alzheimer
Gesellschaft e.V.

Berlin, den 22. Oktober 2003

Stellungnahme zum Antrag der FDP für ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Früherkennung und Behandlung von Demenz

Wir begrüßen die Initiative der FDP, die Situation der Demenzkranken und Vorschläge für eine Verbesserung in den Bundestag einzubringen. Es handelt sich bei der Pflege und Betreuung von Demenzkranken um ein Problem, das aufgrund der hohen Zahl von Betroffenen unsere Gesellschaft künftig noch mehr als heute vor große Herausforderungen stellen wird.

Zu den Abschnitten im Einzelnen nehmen wir wie folgt Stellung:

Zu I:

1. Die Situation der Demenzkranken und die Herausforderungen, der wir angesichts des demographischen Wandels und der damit verbundenen steigenden Zahl von Demenzkranken gegenüberstehen, ist richtig beschrieben.

2. Wir teilen die Meinung, dass Früherkennung und –diagnostik in Hinblick auf die möglichen Therapien (medikamentös und nicht-medikamentös), die weitere Versorgung und die Lebensentscheidungen bei Fortschreiten der Krankheit für die Betroffenen von enormer Bedeutung sind. Wir haben zur Zeit ein Defizit insofern, dass immer noch viele Betroffene und ihre Familien beklagen, mit ihren Symptomen und Ängsten nicht ernst genommen zu werden. Eine Diagnostik erfolgt vielfach erst zu einem späten Zeitpunkt der Erkrankung.

Anschrift:

Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V.
Friedrichstraße 236
10969 Berlin
Tel.: 030/259 37 95-0
Fax: 030/259 37 95-29
Alzheimer-Telefon: 01803/17 10 17
www.deutsche-alzheimer.de
info@deutsche-alzheimer.de

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
BLZ 100 205 00
Konto 337 78 00

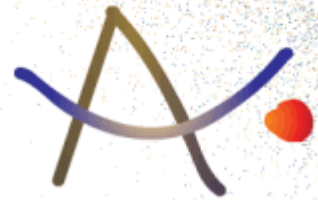
Vorstand:

1. Vorsitzende:
Dipl.-Inf. Heike von Lützu-Hohlbein,
München
2. Vorsitzende:
Pfarrerin Ulrike Knebel, Dortmund
Beisitzer:
Ingrid Fuhrmann, Berlin
Prof. Dr. med. Alexander Kurz, München
Horst Laade, Karlsruhe
Karin Stöcker, Schlüchtern

Mitgliedschaften:

Alzheimer Europe
Alzheimer's Disease International
Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für
Behinderte e.V.

3. Auch die im Bereich der pflegerischen Versorgung beschriebene Situation ist zutreffend. Wir halten es für dringend erforderlich, dass nicht nur Ärzte sondern auch Pflegepersonal im Umgang mit Demenzkranken fortgebildet wird und insbesondere Bedingungen geschaffen werden, die sedierende Medikamente durch eine geeignete Umgebung, sinnvolle Beschäftigungsangebote und den richtigen Umgang unnötig machen.



4. Wir teilen die Meinung, dass Früherkennung und Frühbehandlung einen Zuwachs an Lebensqualität bedeuten. Gesundheitsökonomische Studien haben Ersparnisse im Bereich der Pflege nachgewiesen. Wir halten es deshalb für erforderlich, Kosten, die z.B. im Bereich der Therapie und Rehabilitation anfallen, nicht nur in Hinblick auf einen sondern auf alle Kostenträger zu betrachten.

Zu II:

Eine Informationskampagne halten wir für sinnvoll und notwendig, um auf die Wichtigkeit der frühen Diagnostik und Behandlung hinzuweisen (allerdings müssen dann die entsprechenden Anlaufstellen, z.B. Hausärzte, auch in die Lage versetzt werden, die Krankheit entsprechend zu behandeln und zu therapieren). Außerdem halten wir es für wichtig, im Zuge einer solchen Kampagne, um Verständnis für die Demenzkranken zu werben und die Leistung der Angehörigen und anderer Pflegenden wertzuschätzen, damit die von ihnen geleistete Betreuung und Pflege die ihr zustehende gesellschaftliche Anerkennung findet.

Die im Antrag aufgeführten Rahmenbedingungen, die zu schaffen wären, halten wir in Gänze für notwendig und sinnvoll.

In Hinblick auf die Diagnostik, Therapie, Rehabilitation, Information und Schulung wäre zu überlegen, ob im jetzigen System ein Disease Management Programm Demenz ein Schritt zur Verbesserung der Situation wäre.

Für die Rehabilitation müsste ein entsprechendes Konzept entwickelt werden, da keine entsprechende Struktur vorhanden ist. Dem Vorrang von Prävention und Rehabilitation vor Pflege muss mit konkreten Schritten Geltung verschafft werden.

Die Liste der aufgeführten Rahmenbedingungen wäre noch zu ergänzen in Hinblick auf die Weiterentwicklung der notwendigen Beratungs- und Versorgungsstrukturen, die abgestuft (ambulant, teilstationär, stationär) je nach Bedarf, individuellen Lebensumständen und Stadium der Krankheit flächendeckend zur Verfügung stehen müssten.

Auch die Selbsthilfe mit ihren niedrigschwelligen Angeboten wäre weiter auszubauen und zu fördern, um die Angehörigen zu unterstützen und die Pflegebereitschaft im häuslichen Bereich in Hinblick auf Lebensqualität und Kosten zu erhalten.

Wir hoffen, dass der Antrag der FDP fraktionsübergreifend Zustimmung finden kann, und sind gern bereit, bei der Ausgestaltung der im Antrag formulierten sehr anspruchsvollen Ziele unseren Beitrag aus Sicht der Betroffenen und ihrer Familien zu leisten.